



Wetteraukreis

Niederschrift

Friedberg, 27.03.2007

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	IX. WP/12. Sitzung -
Datum	Mittwoch, den 14.03.2007
Sitzungsbeginn	15:00 Uhr
Sitzungsende	18:35 Uhr
Ort	Plenarsaal, Friedberg öffentlich

Anwesenheit

Vorsitzender

Bernfried Wieland, Büdingen

Mitglieder

Joachim Arnold, Wölfersheim
Stephanie Becker-Bösch, Butzbach
Erhard Buß, Butzbach
Barbara Büttner, Karben
Rosemarie Cleve, Bad Vilbel
Marc Dieruff, Friedberg
Eleonore Dietz, Rosbach
Konrad Dörner, Bad Nauheim
Irene Eckhardt, Bad Vilbel
Hubertus Ellerhusen, Nidda
Detlev Engel, Karben
Sabine Ergün, Friedberg
Martin Exner, Niddatal
Klaus Fischer, Friedberg
Werner Fromm, Friedberg
Wilma Gatzka, Altenstadt
Waltraud Gewahl, Nidda
Lisa Gnadl, Glauburg
Alfons Götz, Wöllstadt
Tobias Greilich, Ortenberg
Gerd Gries, Büdingen
Dr. Hans Peter Griethe, Büdingen
Edwin Gottlieb, Kefenrod
Achim Gutsch, Niddatal
Jörg-Uwe Hahn, Wiesbaden
Gudrun Hamacher, Karben
Armin Häuser, Nidda

Sylvia Harbig, Bad Vilbel
Jutta Heck, Münzenberg
Peter Heidt, Friedberg
Karlheinz Hofmann, Karben
Sophia Horz-Hövel, Bad Nauheim
Manfred Jordis, Bad Nauheim
Helmut Jung, Nidda
Regina Karehnke, Rosbach
Alexander Kartmann, Butzbach
Ekkehard Kehm, Ortenberg
Rene Kirch, Butzbach
Renate Klingelhöfer, Ortenberg
Irmtraud Köhler, Gedern
Cornelia Kreher, Nidda
Justin Küblbeck, Bad Nauheim
Norbert Kühl, Bad Vilbel
Alexandra Kunkel-Wolf, Bad Vilbel
Daniel Lachmann, Büdingen
Stefan Lux, Florstadt
Oliver von Massow, Bad Nauheim
Ruth Mühlenbeck, Friedberg
Brigitta Nell-Düvel, Bad Nauheim
Heinrich Orth, Gedern
Wolfgang Patzak, Büdingen
Kristina Paulenz, Ober-Mörlen
Elfriede Pfannkuche, Hirzenhain
Ulrike Pfeiffer-Pantring, Ortenberg
Walter Pöllmann, Nidda
Lucia Puttrich, Nidda
Hannelore Rabl, Bad Vilbel
Guido Rahn, Karben
Cäcilia Reichert-Dietzel, Ranstadt
Dr. Gerd Rippen, Karben
Michael Rückl, Wölfersheim
Volker Sachs, Wölfersheim
Karl Peter Schäfer, Bad Vilbel
Silke-Susanne Schmidt-Bernhardt, Florstadt
Karl-Heinz Schneider, Münzenberg
Waltraud Schönfeld, Nidda
Dr. Erich Sehr, Reichelsheim
Frieda Siemon, Büdingen
Elke Sommermeyer, Rosbach
Erich Spamer, Büdingen
Monika Sperzel, Butzbach
Anja Steinhofer-Adam, Butzbach
Martin Trautvetter, Echzell
Tobias Utter, Bad Vilbel
Gerhard Weber, Wölfersheim
Georg Wegner, Nidda
Herbert Wellenberg, Friedberg
Almut Wilser, Bad Nauheim
Bernd Witzel, Bad Nauheim
Marcel Wöll, Butzbach

Kreisausschuss

Rolf Gnadt, Friedberg
Oswin Veith, Friedberg
Ottmar Lich, Rabenau
Bardo Bayer, Rockenberg
Rosa Maria Bey, Friedberg
Helmut Betschel-Pflügel, Friedberg
Rainer W. Korb, Karben
Klaus Minkel, Bad Vilbel
Helmut Münch, Bad Nauheim
Manfred Reitz-Rühl, Echzell
Dr. Wiltrud Risch-Laasch, Reichelsheim
Astrid Triesch, Büdingen
Edda Weber, Florstadt

Schriftführer/in

Rüdiger Frost
Petra Schnelzer

Von der Verwaltung

Michael Elsaß, Pressesprecher
Marion Götz, Beteiligungssteuerung Fachbereich Gesundheit, Sicherheit und Ordnung
Ilona Hakert, Zentrale Steuerungsunterstützung
Jenny Herrscher, Fachdienst Revision
Wolfgang Hofmann, Fachdienst Finanzen
Peter Rudel, Fachbereich Kreisentwicklung, Landwirtschaft, Umwelt und Bau
Kornelia Schäfer, Fachdienst Frauen und Chancengleichheit

Kreistagsvorsitzender Bernfried Wieland begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 7 teilt der Kreistagsvorsitzende Bernfried Wieland mit, dass die Angelegenheit noch in den Ausschüssen (Schule und Kultur, Haupt- und Finanzausschuss) liege. Da aus diesem Grunde keine Ausschussempfehlung vorliege, könne die Angelegenheit nicht abschließend im Kreistag behandelt werden.

Abg. Karl-Heinz Schneider (SPD) spricht sich für die Behandlung der Angelegenheit bei der Haushaltsberatung aus.

Der Abg. Konrad Dörner (CDU) teilt mit, dass nach Auskunft des Dezernenten derzeit kein Geld im Haushalt notwendig sei. Da entsprechende Verhandlungen bezüglich der Übernahme der Kosten mit der Bundesanstalt für Arbeit geführt würden, habe die CDU-Fraktion nichts dagegen, den TOP auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Der Kreistag entscheidet sich mehrheitlich für den Verbleib des TOP 7 auf der Tagesordnung.

Abg. Karl-Heinz Schneider (SPD) weist auf einen Antrag der SPD hin, über den bereits im Haupt- und Finanzausschuss positiv entschieden wurde. Hierbei handele es sich um die Bezuschussung der DLRG Wetterau mit 6000,- €. Der Antrag solle im Rahmen der Haushaltsberatung mit entschieden werden.

Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Abg. Karl-Heinz Schneider (SPD) stellt den Antrag, dass die Redezeit, in Anbetracht der erstmalige Beratung eines Haushalts in dieser Form, um 8 Minuten verlängert werde.

Abg. Konrad Dörner (CDU) beantragt daraufhin die Einberufung des Ältestenrats.

Der Kreistagsvorsitzende unterbricht die Sitzung und beruft den Ältestenrat ein.

Der Ältestenrat verständigt sich darauf, dass es bei der Grundredezeit von 20 Minuten bleibt. Für die Anträge der SPD, Bezuschussung der DLRG und NachSchule, wird eine Redezeit von jeweils 2 Minuten beschlossen.

Die Tagesordnung wurde dann mit den genannten Veränderungen einstimmig beschlossen.

TOP 1

Aktuelle Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen zu diesem TOP vor.

TOP 2

Mitteilungen

Herr 1. Kreisbeigeordneter Oswin Veith nahm Stellung zu den Vorkommnissen im Bürgerhospital. Er berichtet, dass die Hinweise zu dem angesprochenen Sachverhalt aus der Mitarbeiterschaft gekommen seien. Zu den Anschuldigungen gehörten unter anderem das Überweisen von Beträgen in unterschiedlicher Höhe auf eigene Konten, Inanspruchnahme von Sachleistungen und Material wie Tapeten, Farben, Lacke, Möbel, Elektrogeräte usw.. Weitere Transaktionen würden im Fokus der Ermittler stehen. Gegen die betreffenden Personen wurde Strafanzeige erstattet und personelle Maßnahmen ergriffen.

Er bittet um Verständnis, dass tiefer gehende Aussagen zu diesem Zeitpunkt wegen den laufenden Ermittlungen nicht gemacht werden könnten. Er weist eindringlich darauf hin, dass es sich hier um einige, wenige Mitarbeiter handele. Es würde alles getan, um weiteren Schaden abzuwenden. Die anderen Mitarbeiter würden weiterhin die größtmögliche Wertschätzung genießen.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.

TOP 3

(Drucksachen-Nr. 2006-3223)

Entwurf des Investitionsprogramms 2006 - 2010 sowie der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2007 sowie 1., 2. und 3. Änderungsliste

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis.

Folgende Beratungsergebnisse des Haupt- und Finanzausschusses wurden dem Kreistag zur Annahme empfohlen:

Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen CDU/FWG/UWG/FDP

1. Der Stellenplan 2007 wird gegenüber dem Planentwurf um 7 Stellen reduziert
2. Haushaltsbegleitbeschlüsse

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

3. Die Einstellung von 5000,- € für einen autofreien Sonntag

Folgende Änderungsanträge wurden einstimmig oder mehrheitlich abgelehnt:

4. Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion
5. Die Änderungsanträge der Fraktion Die Linke.WASG

An der folgenden Beratung beteiligen sich die Abgn. Karl-Heinz Schneider (SPD), Michael Rückl Bündnis90/Die Grünen, Karlheinz Hofmann (Die Linke.WASG), Marcel Wöll (NPD), Wolfgang Patzak (FDP), Ekkehard Kehm (FWG/UWG), Erich Spamer (FWG/UWG), Volker Sachs (NPD), Landrat Rolf Gnadl, 1. Kreisbeigeordneter Oswin Veith.

Die SPD-Fraktion äußert sich kritisch zum vorgelegten Haushaltsplan. Er enthalte Versprechungen, die nicht eingehalten würden. Allerdings seien auch sachliche Komponenten vorhanden, die mitgetragen werden könnten. Zum Stellenplan wird die Streichung einer A 16 Stelle im Fachbereich 1 angeregt.

Bündnis 90/Die Grünen vermisst politische Akzente und wirft der Koalition Entscheidungsunfähigkeit vor. Dringend benötigt werden unter anderem das Tagesbetreuungsausbaugesetz. Der Haushalt sei relativ intransparent, deswegen werde man sehr differenziert in Teilen zustimmen. Insgesamt sei der Haushalt abzulehnen.

Seitens der Fraktion Die Linke.WASG wird darauf hingewiesen, dass die Umstellung auf Doppik nicht zwingend erforderlich sei. Sie mache den Haushalt unübersichtlich, einige Kommunen seien auf die erweiterte Kameralistik umgestiegen, die leichter nachvollziehbar sei. Ihre Änderungsanträge werden vorgetragen mit der Bitte, diese zu unterstützen.

Die Ausführungen des Abg. Marcel Wöll (NPD) führen zu erheblichen Unruhen bei den demokratischen Parteien des Kreistags.

Der Kreistagsvorsitzende weist den Abg. Marcel Wöll (NPD) an, seinen Redebeitrag auf Haushaltsangelegenheiten zu beschränken und keine weltanschauliche Linien darzustellen. Weiterhin, weist er ihn darauf hin, dass ein sachlicher Umgangston in diesem Hause gepflegt werde und Abgeordnete sich an die parlamentarischen Spielregeln zu halten haben.

Zu Geschäftsordnung bittet Abg. Waltraud Schönfeld (SPD) den Kreistagsvorsitzenden dringend, Äußerungen wie „so genannte Stätte des nationalsozialistischen Terrors“ zu unterbinden. Es sei unmöglich, dass so etwas im Kreistag unwidersprochen gesagt werde.

Der Kreistagsvorsitzende weist den Abg. Marcel Wöll (NPD) noch einmal darauf hin, dass mit seinem Rederecht die Einhaltung der im Kreistag üblichen Spielregeln verknüpft sei. Das Parlament sei keine Plattform für Wahlreden der eigenen parteipolitischen Gruppierung. Wegen seines Gesamtverhaltens wird der Abg. Marcel Wöll (NPD) vom Kreistagsvorsitzenden gerügt.

Abg. Wolfgang Patzak (FDP) beantragt 5 Minuten Sitzungsunterbrechung. Daraufhin unterbricht der Kreistagsvorsitzende die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung greift die CDU-Fraktion die Anregung der SPD-Fraktion auf Streichung der A 16-Stelle auf. Man befinde sich im Schulterschluss mit den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen, die angeregt haben, den Stellenplan nicht weiter auszuweiten. Weiterhin handele es sich bei den Konsolidierungsmaßnahmen um einen ersten Schritt, und man werde in den Folgejahren noch weiter gehen. Die Kritik der Oppositionsparteien wird zurück gewiesen. Man sei weiterhin bereit, auch unangenehme Entscheidungen zu treffen und den Haushalt zu konsolidieren.

Im Bezug auf den Haushalt streicht die FDP-Fraktion heraus, dass bei neuen Organisationsstrukturen Leistungsfähigkeit und Effizienz überprüft werden müssten. Der Weg in die richtige Richtung sei begonnen und werde fortgesetzt.

Die Fraktion FWG/UWG mahnt angesichts des hohen Schuldenstandes Einsparungen an und signalisiert Zustimmung zum vorgelegten Haushaltsentwurf

Die SPD-Fraktion weist nochmals darauf hin, dass ein Haushaltsplan politische Bekenntnisse enthalten müsse. Wichtig sei das Tagesbetreuungsausbaugesetz. Hier wolle die Fraktion klare Zeichen für eine gute und verlässliche Kinderbetreuung setzen, die nicht nur für den Kreis, sondern auch für die Kommunen wichtig seien

Im Hinblick auf die Äußerungen von dem Abg. Marcel Wöll (NPD) wird noch einmal deutlich auf den Zweck der Fahrten zu den Städten des Holocaust Stellung genommen.

Abg. Marcel Wöll (NPD) meldet sich zur Geschäftsordnung und möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Der Kreistagsvorsitzende weist ihn darauf hin, dass persönliche Erklärungen am Ende der Debatte erfolgen können.

Der 1. Kreisbeigeordnete Oswin Veith weist die von einigen Fraktionen geäußerte Kritik zurück. Der Kreistag habe einstimmig für die Einführung der Doppik gestimmt, die 100. Vergleichende Prüfung sei bereits seit Sommer 2006 bekannt, eine entsprechende Vorlage liege dem Kreisausschuss seit Dezember 06 zur Beratung vor. Der Etat, der heute beraten und beschlossen werde, sei ein ausgewogener Etat, der in die Zukunft weist. Er sei transparent und stranguliere nicht die zukünftigen Generationen.

Landrat Rolf Gnadt stellt klar, dass von ihm kein Haushaltsplan vorgelegt wurde. Insbesondere treffe es nicht zu, dass ein Haushaltsplan existiert habe, in dem eine Kreisumlagerhöhung vorgesehen war. Richtig sei, dass eine Kreisumlagerhöhung vom RP vorgegeben wurde auf die aber, durch Gespräche mit dem RP, nicht bestanden wurde. Deshalb habe er im Kreisausschuss dem Haushaltsentwurf zugestimmt, obwohl ihm nicht alles gefallen habe. Weiterhin sei von ihm kein Haushaltsplan vorgelegt worden, der Stellenmehrungen enthalten habe. Richtig sei, dass Personal von der Bundesverwaltung für Arbeit übernommen werden musste. Es sei auch unrichtig, dass der Landrat einen Stellenplan unterbringen wollte mit aufgeblähtem Personalhaushalt. Landrat Rolf Gnadt bittet darum, zukünftig solche Unwahrheiten zu unterlassen.

Der 1. Kreisbeigeordnete Oswin Veith teilt mit, dass auf seinen Vorschlag hin die hauptamtliche Kreisspitze beschlossen habe, die Mittel für Fahrten zu den Gedenkstätten des nationalsozialistischen Terrors zu verdoppeln. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass noch mehr Schülerinnen und Schüler von diesem Angebot Gebrauch machen.

Auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden halten die Koalitionsfraktionen und die SPD-Fraktion den Antrag zur Streichung einer A 16 Stelle im Fachbereich 1 aufrecht.

Bei Gegenstimmen der NPD und Enthaltung von Bündnis90/Die Grünen beschließt der Kreistag mehrheitlich die Streichung einer A16 Stelle im Fachbereich 1.

Danach werden die Anträge der einzelnen Fraktionen abgestimmt:

Anträge / HH-Teile	Ja	Nein	Enth.	
CDU, FWG/UWG – Der Stellenplan wird gegenüber dem Planentwurf um 7 Stellen reduziert:	CDU, FWG/UWG FDP, SPD Grüne, Linke	Keine	NPD	
Beamte:				
Fachdienst Recht 1,0 X A 15				
Fachdienst Bauwesen 1,0 X A 16				

Arbeitnehmer: Verkehr 1,0 X EG 6 Katastrophenschutz 0,5 X EG 6 Fachdienst Gesundheit 0,5 X EG 8 Aufenthaltsrecht, Allg, Gefahrenabwehr 1,0 X EG 8 Bauwesen 2,0 X EG 11			
SPD – Bau einer Mensa am Schulzentrum K. Schuhmacher- /Pestalozzischule in Karben		Mit Mehrheit abgelehnt	
SPD - Verpflichtungsmaßnahme für 2008 in Höhe von 2 Mio. € im Investitionshaushalt für Neubaumaßnahme Schulsporthallen. Haushaltsansätze für 2009 sind zu verdoppeln		Mit Mehrheit abgelehnt	
SPD – Aufstockung des Zuschusses an die Volkshochschule auf die bisherige Höhe von 28.400,- €		Mit Mehrheit abgelehnt	2 Enthaltungen
SPD – Als Überbrückung zur Sicherung des Fortbestandes der NachSchule Wetterau		Mit Mehrheit abgelehnt	Bündnis90 Die Grünen
SPD – Fortbildungsmaßnahmen für Denkmalbeirat 5000,- €		Mit Mehrheit abgelehnt	1 Enthaltung
SPD – Finanzierung TAG 300.000 €		Mit Mehrheit abgelehnt	
SPD – Begrenzung der Stellenbesetzungssperre auf 6 Monate		Mit Mehrheit abgelehnt	
SPD – Haushaltssatzung, Haushaltssperre für Schulbudgets wird ausgeschlossen		Mit Mehrheit abgelehnt	
SPD – DLRG 6000,- €	Einstimmig beschlossen		
Die Linke.WASG – Der Haushaltsansatz für das neu einzurichtende Konto –freiwillige Weihnachtsbeihilfe- wird auf 560.000,- € festgelegt. Pro Kind, bei Anspruch auf Kindergeld 50,- €, pro erwachsenem Mitglied der Bedarfsgemeinschaft 25,- €		Mit Mehrheit abgelehnt	
Die Linke.WASG – Reduzierung der Fraktionszuschüsse und Sitzungsgelder um 25 %. Der überschüssige Betrag wird zur teilweisen Deckung von Mehrausgaben bei Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II verwendet.		Mit Mehrheit abgelehnt	

Damit fasst der Kreistag mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Entwurf

1. *des Investitionsprogramms für die Jahre 2007 – 2010 und*
2. *der Haushaltssatzung 2007 und des Haushaltsplans 2007 mit Anlagen*

TOP 4

(Drucksachen-Nr. 2006-3242)

Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Volkshochschule des Wetteraukreises

Der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur, der Abg. Gerd Grieß (CDU) berichtet über die Beschlussempfehlung des Fachausschusses. Die Satzung, einschließlich der vorgenommenen Änderungen, wurde einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Konrad Dörner (CDU), schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an.

An der Beratung haben sich die Abgeordneten Kristina Paulenz (SPD) und Tobias Utter (CDU) beteiligt.

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass Kreistagsmitglieder dem Beirat nicht angehören sollten, da das maßgebliche Gremium die Betriebskommission ist und lehnt die so geänderte Satzung der Betriebskommission ab.

Die Koalition begründet den Antrag noch einmal dadurch, dass der Sachverstand der Kreistagspolitik auch im Beirat seinen Niederschlag finden sollte.

Sodann fasst der Kreistag mehrheitlich folgenden Beschluss:

I. Die Betriebssatzung des Eigenbetriebs Volkshochschule des Wetteraukreises wird wie folgt geändert (Änderungen sind fettgedruckt):

§ 3 Abs. 3

*Zweck des Eigenbetriebs ist die Planung, Organisation und Durchführung von Bildungsprogrammen im Rahmen der Volkshochschularbeit nach den Vorschriften des Hessischen **Weiterbildungsgesetzes** durch Veranstaltungen, die es den Teilnehmerinnen/Teilnehmern ermöglichen, sich Kenntnisse und Fertigkeiten für Leben, Beruf und gesellschaftliche Tätigkeit anzueignen.*

§ 7 Abs. 1 Ziff. 1

*7 Mitglieder des Kreistages, **die vom Kreistag für die Dauer seiner Wahlzeit aus seiner Mitte zu wählen sind. Männer und Frauen sind zu gleichen Anteilen vorzuschlagen.***

§ 8 Abs. 2 Ziff. 8

*Stellungnahme zur Einstellung, Beförderung und Entlassung von **Beamtinnen und Beamten**, der Mitglieder der Betriebsleitung und der Hauptamtlichen Pädagogischen Mitarbeiter/innen sowie von anderen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen ab **Entgeltgruppe 13 TVöD.***

§ 11 Abs. 2

*Zuständig für die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung der Beschäftigten ist die Betriebsleitung mit Ausnahme der **Beamtinnen und Beamten**, der Mitglieder der Betriebsleitung und **der hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter/innen ab der Entgeltgruppe 13 TVöD.***

§ 13 Abs. 2 Ziff.

Dem Beirat gehören an:

- 3. **der/die Vorsitzende der Betriebskommission sowie das für die Verwaltung des Eigenbetriebs zuständige Mitglied des Kreisausschusses** kraft Amtes*
- 4. **sechs** Mitglieder des Kreistages, die vom Kreistag für die Dauer seiner Wahlzeit aus seiner Mitte zu wählen sind*
- 5. ein/e Vertreter/in der evangelischen Kirche*
- 6. ein/e Vertreter/in der katholischen Kirche*
- 7. ein/e Vertreter/in der Industrie- und Handelskammer **Gießen-Friedberg***
- 8. ein/e Vertreter/in der Kreishandwerkerschaft*
- 9. ein/e Vertreter/in **der Agentur für Arbeit Gießen***

10. **ein/e** Vertreter/innen der Gewerkschaften
11. ein/e Vertreter/in der Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“
12. ein/e Vertreter/in der Naturschutzverbände nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz, vorgeschlagen durch den Naturschutzbeirat
13. **ein/e** Vertreter/innen der Kursleiter/innen, die von der Vollversammlung der Kursleiter/innen vorzuschlagen sind
14. **ein/e** Vertreter/innen der Außenstellenleiter/innen, die von der Vollversammlung der Außenstellenleiter/innen vorzuschlagen sind
15. ein/e Kursteilnehmer/in
16. ein/e Vertreter/in des Ausländerbeirates
17. ein/e Vertreter/in des Seniorenbeirates
18. ein/e Vertreter/in der JobKOMM GmbH
19. ein/e Vertreter/in des Staatlichen Schulamtes für den Hochtaunuskreis und den Wetteraukreis
20. ein/e Vertreter/in der Fachhochschule Gießen-Friedberg
21. ein/e Vertreter/in der Arbeitgeberverbände (Benennung durch das Bildungshaus Bad Nauheim)
22. **ein/e** Vertreter/innen der allgemein bildenden Schulen und der Berufsschulen im Wetteraukreis
23. **ein/e** Vertreter/innen der Kreisvereinigung der Bürgermeister und Kassenverwalter des Wetteraukreises
24. ein/e Vertreter/in des Fördervereins der vhs wetterau
25. ein/e Vertreter/in des Sportkreises Wetterau
26. eine Vertreterin des Fachdienstes Frauen und Chancengleichheit

Der/die Leiter/in der Volkshochschule, der/die Stellvertreter/in und die pädagogischen Mitarbeiter/-innen der Volkshochschule gehören dem Beirat mit beratender Stimme an.

§ 13 Abs. 3

Den Vorsitz führt das für die Verwaltung des Eigenbetriebs zuständige Mitglied des Kreisausschusses
und im Verhinderungsfall ein vom ihm benanntes Mitglied der Betriebskommission

§ 13 Abs. 6

Der Volkshochschulbeirat nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Entgegennahme des Jahresberichts, weiterer Berichte der Volkshochschule und Stellungnahme hierzu
- Beratung der Programmvorhaben der Volkshochschule

§ 13 Abs. 7

Der Beirat führt alle zwei Jahre eine „Regionale Weiterbildungskonferenz“ durch, erstmals in der ersten Jahreshälfte 2008.

II. Die Satzung wird mit den Änderungen gemäß Ziffer 1 in ihrem vollen Wortlaut neu bekannt gemacht.

TOP 5

(Drucksachen-Nr. 2007-2987)

**Auflösung des Ausländerbeirates des Wetteraukreises
Antrag der NPD-Fraktion vom 28.1.2007**

Abg. Volker Sachs (NPD) begründet den Antrag.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Engel (SPD) und Brigitta Nell-Düvel (Bündnis90/Die Grünen), Marcel Wöll (NPD)

Die Abgeordneten der SPD und Bündnis90/Die Grünen sprechen sich gegen die Auflösung des Ausländerbeirats aus.

Der Abgeordnete der NPD spricht sich für die Auflösung des Ausländerbeirats aus.

Mit den Stimmen der CDU, SPD, Bündnis90/die Grünen, FDP, FWG/UWG, Die Linke.WASG wird der Antrag, gegen die Stimmen der NPD, abgelehnt.

TOP 6

(Drucksachen-Nr. 2007-2986)

**Benennung von Personalvorschlägen
Antrag der NPD-Fraktion vom 30.1.2007**

Der Abg. Volker Sachs (NPD) begründet den Antrag.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Dr. Hans-Peter Griethe (FWG/UWG) und Michael Rückl (Bündnis90/Die Grünen)

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen weisen darauf , dass es hier nicht um den Kreisausschuss geht, sondern um das Kreistagsbüro. Weiterhin sei dies ein Thema für den Ältestenrat.

Mit den Stimmen der CDU, SPD, Bündnis90/die Grünen, FDP, FWG/UWG, Die Linke.WASG wird der Antrag, gegen die Stimmen der NPD, abgelehnt.


TOP 7

(Drucksachen-Nr. 2007-2988)

**Finanzierung NachSchule
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 21.2.2007**

Der Kreistagsvorsitzende Bernfried Wieland stellt fest, dass dieser TOP bereits bei der Haushaltsberatung mit behandelt, dort abgelehnt wurde und somit von der Tagesordnung abgesetzt werden kann.

Mit dem Hinweis, dass die Sitzung des Ältestenrats am 29.03.2007 um 15.00 Uhr beginnt, schließt Kreistagsvorsitzender Bernfried Wieland um 18:35 Uhr die Sitzung.



Rüdiger Frost
Schriftführer

Bernfried Wieland
Kreistagsvorsitzender